

Bericht vhw-Fachtagung am 2. Februar 2001

Fachhochschulen : Andersartig, aber gleichwertig



Die Zukunft der deutschen Hochschulen – Fachtagung mit Politikern im Stuttgarter Landtag -

Einheitliches Professoren-Grundgehalt für alle Hochschularten gefordert

Die deutsche Hochschullandschaft ist dabei, sich entscheidend zu wandeln. Die Anforderungen der

modernen Gesellschaft verlangen tiefgreifende Strukturveränderungen und systematische Planungen für die Zukunft, Grund genug für den Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw), Spitzenpolitiker der Landtagsparteien zu einem Podiumsgespräch einzuladen, um sie vor allem über die Zukunft der Fachhochschulen zu befragen. Vom Gesetz her und in Sonntagsreden sind Fachhochschulen und Universitäten gleichwertig, doch in der Realität sieht es werktags anders aus. Die Universitäten fürchten Statusverlust und laufen Sturm.

Die Hochschulreformen im Land und die Pläne für ein neues Dienst- und Besoldungsrecht verändern die Hochschulen von Grund auf. Wie die Politiker über die zukünftige Entwicklung denken, wollten die zahlreichen, aus dem ganzen Land angereisten Professorinnen und Professoren, darunter viele Rektoren, wissen. Die Antworten der Fraktionsvorsitzenden Oettinger (CDU), Maurer (SPD), Pfister (FDP/DVP) und Salomon (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie der wissenschaftspolitischen Sprecherinnen Vosschulte (CDU) und Bregenzer (SPD) in dem von der vhw-Bundesvorsitzenden Platz-Waury moderierten Podiumsgespräch zeigten erstaunliche Übereinstimmungen.

Universitäten und Fachhochschulen stehen in hartem Wettbewerb im Zeichen knapper staatlicher Mittel bei steigenden Studierendenzahlen und vielen neuen Aufgaben, die durch Autonomie und Globalhaushalte auf sie zukommen. Die Fachhochschulen haben „die Nase vorn“ bei der anwendungsorientierten Lehre und Forschung, bei der Internationalisierung, bei der Einführung von gestuften Bachelor- und Master-Studiengängen. Sie sind aber erheblich benachteiligt beim Anwerben hoch qualifizierter Lehrkräfte. Ihren Professorinnen und Professoren wird eine mehr als doppelt so hohe Lehrverpflichtung abverlangt, weder ein Mittelbau und noch eine ausreichende Infrastruktur unterstützen sie, Forschung ist weitgehend nur nebenher möglich. Zum „Ausgleich“ dafür sollen sie

nach den derzeitigen Plänen ein geringeres Grundgehalt bekommen. Die Politikerinnen und Politiker waren sich darin einig, daß in den nächsten Jahren Ernst gemacht werden muss mit einer konkreten Angleichung der Wettbewerbsbedingungen für Universitäten und Fachhochschulen!

Wissenschaftsrat und Wirtschaft fordern, die Fachhochschulen zu den „Hochschulen der modernen Industriegesellschaft“ zu machen, wie es der Philosoph Mittelstraß formuliert hat. Das kann aber nur gelingen, wenn sie nicht wegen ihrer anderen Aufgabenstellung nur als andersartig angesehen, sondern wirklich auch als gleichwertig behandelt werden. Für die Fachhochschulen ist die Professorenbesoldung von existenzieller Bedeutung. Alle anwesenden Politiker sprachen sich für eine ergebnisoffene Diskussion über ein einheitliches Grundgehalt aller Hochschullehrer aus, mehrheitlich befürworteten sie dieses sogar im Gegensatz zu dem scheidenden Minister von Trotha. Dieser hatte noch jüngst für Fachhochschulen 7500 bis 9000 DM, für Universitäten 8500 bis 10000 DM verlangt und hinzugefügt, dass mit diesen Bandbreiten „FH-Professoren mit den hinzukommenden Leistungszulagen in Besoldungsbereiche vorstoßen könnten, die bisher Uni-Professoren vorbehalten waren“. Dies stieß auch auf scharfen Protest der Rektorenkonferenz (RKF) und des Verbandes Hochschule und Wissenschaft. Zweitklassige Besoldung bedeute zweitklassige Lehre und zweitklassige Absolventen, das könne sich Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht leisten, führte der RKF-Vorsitzende von Hoyningen-Huene aus. Sein Sohn verdiene als Berufsanfänger mehr als die Fachhochschule Mannheim einem neu zu berufenden Professor werde bieten können.

Alle Gesprächsteilnehmer waren sich nicht nur in der Besoldungsfrage, sondern auch darin einig, dass die Reform des Hochschuldienstrechts nicht kostenneutral zu haben sein werde. Oettinger (CDU) wies darauf hin, dass noch zwei bis drei Sparhaushalte zu erwarten seien, aber auch den Fachhochschulen Planungssicherheit gegeben werden müsse, wie sie die Universitäten mit dem Solidarpakt haben. Pfister (FDP/DVP) nannte die baden-württembergischen Hochschulgesetze die liberalsten in Deutschland und unterstrich, dass man mit den jetzt vorgesehenen Professorengehältern nur Idealisten und Industrieabbrecher gewinnen könne, was gänzlich inakzeptabel sei.

Maurer (SPD) verlangte, für die Hochschulen nicht Sonderprogramme aufzulegen, sondern mit dem ordentlichen Etat Planungssicherheit zu geben. Privatisierungserlöse müssten aber zur Entschuldung eingesetzt werden.

Salomon (GRÜNE) sieht wegen der Vorreiterrolle bei der Internationalisierung den Trend zu den Fachhochschulen gehen. Die Universitäten fürchteten nur den Statusverlust. Man solle das Hochschulwesen aber nicht länger schlecht reden. Bregenzer (SPD) beanstandete, dass von Trotha ohne Not für Ungleichwertigkeit eintrete und dass es wegen der Leistungszulagen in den Hochschulen zum Hauen und Stechen kommen werde. Die Hochschulreform bringe Zusatzaufgaben, die von den Fachhochschulen zum Nulltarif bewältigt werden müssten, während die Universitäten sich mit großen Verwaltungen leichter tun. Außerdem haben sie Sondermittel für die Gewinnung von Rektoren und Dekanen bekommen, die Fachhochschulen nichts (Pfister). Vosschulte (CDU) glaubt, dass es in zwanzig Jahren keine Unterschiede mehr zwischen den beiden Hochschularten geben werde, sie bestünden nur noch aus Tradition.

Der Nachmittag war Chancen und Problemen der künftigen Hochschullandschaft gewidmet und begann mit Impulsreferaten von Ministerialdirigent Hagmann vom Wissenschaftsministerium, RKF-Vorsitzendem von Hoyningen-Huene und vhw-Landesvorsitzendem Lerchenmüller. Hagmann ging von fünf Handlungsfeldern aus, auf denen die Hochschulen im Wettbewerb stehen. Sie sollen innovativ, kompetitiv, transparent, qualitätsorientiert und international ausgerichtet sein. Schärfung des Profils sei ebenso gefragt wie Kooperation, die beispielhaft schon in Mannheim praktiziert werde. Ein gegliedertes Hochschulsystem verlange aber auch Differenzierung im Gehalt.

Von Hoyningen-Huene unterstrich noch einmal engagiert, daß die Gliederung des Hochschulsystems horizontal zu verstehen sei, eine vertikale gebe es nur aus Tradition und werde aus Statusdenken verteidigt. Die Jugend (der Fachhochschulen) sei keine Schande, das Alter (der Universitäten) schütze vor Torheit nicht. Die Fachhochschulen bilden mit kurzer Studiendauer kostengünstig und bedarfsgerecht aus und reagieren flexibel auf die im Beruf gefragten Qualifikationen. Die Studiengänge für Wirtschaftsrecht seien ein erfolgreiches Beispiel dafür. Von der Politik forderte von Hoyningen-Huene die Hilfe des Landes zu den Eigenleistungen der Fachhochschulen – für die Entwicklung von Qualitätssicherungsprogrammen, bei der Grundausstattung für Verwaltung und Mittelbau, bei der Internationalisierung, die sich nicht auf FH-Absolventen beschränken dürfe, die an ausländischen Universitäten promovieren, bei den Forschungsinitiativen und für Medienimpulsprogramme. Im Stierkampf von Universitäten und Fachhochschulen dürfe die Politik nicht wie ein Banderillero über die Bande fliehen.

Lerchenmüller skizzierte mit neun Thesen die Zukunftsaufgaben der Hochschulen und rief die Fachhochschulen dazu auf, sie mit vereinten Kräften anzupacken. Für die künftige Ausgestaltung werden alle Felder von Bedeutung sein von der Rechtsform über Finanzierung, Forschung, Internationalisierung, Fächerspektrum, Weiterbildung, neue Medien bis zu Qualitätsmanagement und Marketing. Die lebhafteste Diskussion zeigte, daß die Zeichen des Aufbruchs durchaus verstanden werden und die Entwicklung der Fachhochschulen keineswegs zum Stillstand gekommen ist.

Prof. Dr.-Ing. Klaus Langeheinecke.